Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 84 (1984)

Artikel: Die Modernisierung der Basler Wasserversorgung 1860-1875
Autor: [s.n.]
Kapitel: 1: Einleitung
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118141

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Modernisierung der Basler Wasserversorgung 1860–1875

von

Markus Haefliger

Inhalt

1. Einleitung 129
2. Planungsprozess und Aufbau des privaten Versorgungssystems 1860–1866 133
3. Versorgungsengpässe 143
4. Keimfreies Leitungswasser, ein gesundheitspolitisches Postulat 152
5. Hygienereform und die Tugend des Wasserhahns 157
6. «Der Himmel spendet Wasser, die Grellingergesellschaft verwerthet es»: Die Erfahrungen mit der neuen Wasserversorgung 168
6.1. In Röhren verpackt 169
6.2. Wasser wird zum «knappen Gut» 171
6.3. Ein neuer Geschmack für sauberes Wasser 173
6.4. Wasserprofite 175
6.5. Profitorientierte Verteilungskriterien und neue Versorgungspolitik 178
6.6. Soziale Kosten: das Abwasserproblem 185
7. Die Verstaatlichung der Wasserversorgung 187
8. Zusammenfassung 202

1. Einleitung

In der Geschichte des Staatsinterventionismus im 19. Jahrhundert nimmt die Wasserversorgung eine nicht unbedeutende Stellung ein. In den Jahrzehnten nach 1850 verlor die Doktrin des «Manchesterliberalismus» umso mehr an Glanz, je drängender die Krisensymptome der kapitalistischen Industrialisierung nach staat-

lichen Lösungsmustern riefen[1]. Die Industrie selbst forderte nun, dass sich der bürgerliche Staat aktiver um die wirtschaftlichen Sorgen seiner Bürger kümmere und seine gesetzgeberische Tätigkeit über die Garantie des Privateigentums und einer modernen Zoll- und Finanzpolitik hinaus entfalte. Ausländischer Konkurrenz, beispielsweise, sollte durch Zollprotektionismus begegnet werden, Absatzschwierigkeiten riefen nach Exportförderung, die Forderungen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Binnenkonkurrenz nach ersten Arbeiterschutzgesetzen.

Aber auch in den Industriezentren selbst hatte die wirtschaftliche Entfaltung zu unkontrollierter Urbanisierung geführt. Versorgungsengpässe waren die Folge, und das sanitarische Gleichgewicht der Städte geriet aus den Fugen: Cholera- und Typhusepidemien schockten Bevölkerung und Politiker und beschleunigten den Aufbau des kommunalen Leistungsstaates. Die Einrichtung moderner zentraler Wasserversorgungssysteme war dabei besonders dringlich. Zuerst in England, in den 1860er und 1870er Jahren dann auch in allen anderen europäischen Industriestädten, entstanden Wasserwerke mit weitverzweigten Rohrnetzen und komplexen Verwaltungen. In den meisten Fällen handelte es sich um kommunale, also staatliche Unternehmen. Sozial- und gesundheitspolitische Erwägungen und feuerpolizeiliche Interessen liessen eine private Verfügungsgewalt über die Wasserversorgung in aller Regel als ungeeignet erscheinen; zudem hatten diejenigen Industriezentren, die auch auf eine lange Geschichte urbaner Tradition zurückblicken konnten, schon immer ein obrigkeitlich geregeltes Brunnwesen gekannt.

Auch in Basel gab es 1860 noch ein städtisches Brunnwesen, das in ungebrochener Tradition seit dem Mittelalter kollektives Eigentum der eingesessenen Bürgerschaft war und vom Stadtrat zum Wohle der gesamten Einwohnerschaft verwaltet wurde[2]. Im Unterschied zum erwähnten typischen Ablauf des Modernisierungsprozesses der Wasserversorgung war es hier aber eine private Gesellschaft, die in Strassen und Treppenhäusern Wasserrohre verlegte. Das Konzept des kommunalstaatlichen Wasserwerks setzte sich hier erst durch, nachdem Konsumenten, Bevölkerung und Kantonsverwaltung zehn Jahre lang schlechte Erfahrungen mit der

[1] Vgl. Erich Gruner, 100 Jahre Wirtschaftspolitik, Etappen des Interventionismus in der Schweiz, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1964, S. 34–70.

[2] Vgl. K.A. Huber, Die Basler Wasserversorgung von den Anfängen bis heute, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde, Band 54/1955, S. 63–122.

Basler Wasserversorgungsgesellschaft A.G. (im folgenden W.V.G.) gesammelt hatten. 1875 wurde die W.V.G. verstaatlicht – lediglich elf Jahre nach ihrer Konzessionierung, und nachdem das städtische Brunnwesen in der Bedeutungslosigkeit versunken war. Die Modernisierung der Basler Wasserversorgung war demnach eine holprige Angelegenheit; von den beteiligten Behördenvertretern wurde sie nachträglich gar als Fehlplanung bezeichnet[3]. Sie hat damit aber Kontroversen und Argumente aufgeschüttelt, die für eine historische Untersuchung auch jenseits der Wasserversorgungsfrage von Interesse sein können.

Der Erforschung der Basler Stadtgeschichte ermangelt es bisher an Untersuchungen über Wesen und Motive der ersten staatlichen Infrastrukturmassnahmen. Wer sollte die Risiken und Investitionskosten übernehmen, die bei der Wahrnehmung neuer städtebaulicher Aufgaben zwangsläufig anfielen? Welche Institution konnte den effizienten Aufbau und Betrieb, beispielsweise der neuen Wasserversorgung, am besten garantieren? Liessen sich in diesem Zusammenhang private Gewinninteressen rechtfertigen, oder traten sie in Gegensatz zu sozialpolitischen Erwägungen? Konnten die Betriebskosten einfach auf die Verbraucher abgewälzt werden, oder liess sich die Tarifgestaltung im Dienste des sozialen Ausgleichs politisieren? Über alle diese Fragen musste ein Konsens erst gefunden werden; die Jahre, in denen die Modernisierung der Basler Wasserversorgung durchgeführt wurde, waren deshalb von heftigen Auseinandersetzungen begleitet. Oftmals wurden sie polemisch geführt, weil eine massgebliche Differenzierung der Parteienlandschaft in eben diese Zeit fiel[4].

Zusätzliche Brisanz erhält die Geschichte der neuen Wasserversorgung in Basel dadurch, dass – neben dem Privatunternehmen W.V.G. – anfänglich gleich zwei miteinander rivalisierende behördliche Institutionen ihre Träger waren. Seit der Kantonstrennung von 1833 waren Politik und Verwaltung Basels von einem Anachronismus begleitet gewesen. Mit Ausnahme dreier Dörfer waren bürgerlicher Stadtrat und die Kantonsbehörden für das gleiche Territorium zuständig. In der Folge mannigfacher Kompetenzstreitigkeiten hatte der Kanton 1859 eine umfangreiche Klärung erzwungen und der langsameren, finanziell schwächer dotierten und hauptsächlich ehrenamtlich arbeitenden Stadtverwaltung

[3] Ratsherr Karl Sarasin vor dem Grossen Rat, Basler Nachrichten vom 29. Mai 1875.

[4] Vgl. O. Zumstein, Beiträge zur Basler Parteigeschichte 1848–1910, Basel 1936.

eine Reihe von Befugnissen abgenommen – das Schulwesen etwa, aber auch den Strassenbau und die Polizei. Einzig das Brunnwesen blieb neben einigen Nichtigkeiten der Stadt erhalten, weil sonst «der Stadtrath zuletzt wie ein gerupfter Vogel aussehen und eine verkümmerte Stellung einnehmen» würde, wie der oberste Stadtherr warnte[5]. Die Stadtväter wehrten sich deshalb verbissen und zuletzt erfolgreich für ihr Brunnamt. Sie ahnten nicht, dass sie sich damit für die nächsten Jahre eine Modernisierungsaufgabe aufbürdeten, der sie nicht gewachsen sein würden. 1875, im gleichen Jahr, als mit der Verstaatlichung der W.V.G. die Modernisierung der Wasserversorung auch organisatorisch abgeschlossen war, fiel die separate Stadtbehörde einer Verfassungsrevision zum Opfer.

Schon zehn Jahre zuvor hatte die innovationsfreudige Zeitung der Radikalen (der *Schweizerische Volksfreund*) frohlockt, dass die Stadthonoratioren «von der Zeit auf die Seite gestellt» würden, weil sie «mit der fortschreitenden Zeit auch gar nicht vorwärts wollten[6]». Für den radikalen Freisinn war die Abschaffung der Stadtbehörde und die Einrichtung professioneller Departementalverwaltungen ein Fortschrittspostulat an sich. Die Stadtväter aber – waren sie nur «Strukturkonservative», wie man heute sagen würde, oder lässt sich in der scheinbaren Hilflosigkeit ihres Bemühens um eine moderne Wasserversorgung auch ein gewisser «Wertekonservatismus» ausmachen, der an den traditionellen Versorgungsaufgaben einer fürsorglichen Obrigkeit festhalten wollte?

Neben diesen ausgeprägt *lokalen* Bedingungen wurde der *Prozess der Modernisierung* der Basler Wasserversorgung aber auch durch übergreifende Aspekte bestimmt[7]. Der Fortschritt des 19. Jahrhunderts trat mit der neuen Wasserversorgung erstmals über die Schwellen der privaten Haushalte und in die Küchen hinein. Überall waren es Wasserleitungen, die sich zu den ersten Netzen verbanden, mit denen Wohnungen an ein kommunales Versorgungssystem angeschlossen wurden – Kanalisation, Gas und Elektrizität folgten erst später. Wasser wurde also rascher und vor allem reichlicher verfügbar, und indem es nun öfter nicht nur Kochtöpfe, sondern auch Putzkessel, Badezuber und Wäschetröge füllte,

[5] Bürgermeister Felix Sarasin am 4. November 1857 in der Verfassungsrevisionskommission. Staatsarchiv Basel (StA BS): Protokolle B 6.2a.

[6] Schweizerischer Volksfreund, 15. Sept. 1865.

[7] Zum Konzept des Modernisierungsprozesses vgl. P. Flora, Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974; sowie: H.-U. Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

veränderte es den Alltag vor allem der Hausfrauen beträchtlich. Waren diese Veränderungen bloss ungeplante Folge, oder waren sie Ziel des von Politikern eingeleiteten Modernisierungsprozesses? Und welche Wertsysteme waren da bestimmend, wenn der Wasserhahnen in der Küche innert Kürze zum Gradmesser zivilisatorischer Eingliederung avancierte, wo man noch wenige Jahre zuvor nur den mühsamen, aber auch kurzweiligen Gang zum Brunnen gekannt hatte?

2. Planungsprozess und Aufbau des privaten Versorgungssystems 1860–1866

Am 30. August 1862 ging bei der Stadtbehörde ein Schreiben ein, das von mehreren Bewohnern der Missionsstrasse – einer Ausfallstrasse vor dem Spalentor – unterschrieben war. Die Petenten forderten darin, dass das städtische Brunnamt in ihrem Quartier einen neuen Brunnen errichte, und begründeten ihr Gesuch so: «Unbestreitbar ist diese Strasse (die Missionsstrasse, M.H.) schon seit einer Reihe von Jahren eine der bevölkertsten vor den Thoren der Stadt, indem sich ein Haus an das andere bis zur Stadtgrenze reiht (...) Leider fehlt aber immer noch ein für das Gedeihen eines Quartiers nothwendige Voraussetzung, da jene ganze Gegend vollständig von Wasser entblösst ist. In dem äusseren Theile der Vorstadt befindet sich nämlich gar kein öffentlicher Brunnen[8].»

Von solchen und ähnlichen Petitionen gedrängt – zuweilen machten die Petenten auch in Leserbriefen in der Presse ihrem Ärger über die schleppende Behandlung der Gesuche Luft –, befahl der Stadtrat, dass eine «Untersuchung des Brunnwesens im Allgemeinen» an die Hand zu nehmen sei[9]. Ganz der Stossrichtung der Petitionen folgend, wurde als Ziel zunächst bloss die Verbesserung des *traditionellen* Brunnwesens ins Auge gefasst.

Während Jahrhunderten war die Stadt stolz gewesen auf ihre Brunnwerke, die um 1860 etwa 60 öffentliche Brunnen mit Quellwasser aus der näheren Umgebung speisten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts gab es fünf verschiedene solche Brunnwerke, und jedes hatte seine eigenen Quell- und Versorgungsgebiete. Dieses traditionelle und baufällige Versorgungssystem, das teilweise noch mit hölzernen Rohrabschnitten (den sogenannten Teicheln) arbeitete, sollte nach dem Willen des Stadtrates ausgebessert und

[8] StA BS: Brunnakten M 23.

[9] Jahresbericht 1861 des Brunn- und Bauamts, StA BS: Bauakten B 1.1.